

Gleichstellung von Frauen und Männern als entscheidende Weichenstellung der 17. Legislaturperiode

Edda Schliepack, Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied des SoVD, stellt in ihrem Vortrag einen ersten SoVD-Forderungskatalog zum Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ vor:

1. Frauen profitieren weniger von den finanzpolitischen Sofortprogrammen. Die Erhöhung des Kindergeldes kommt Kindern im Hartz-IV Bezug nicht zu Gute, da das Kindergeld komplett auf den Regelsatz angerechnet wird. Wir Frauen im SoVD fordern, den Kinderregelsatz bei Hartz IV zu erhöhen.
2. Frauen wollen ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten. Dazu gehört zumeist auch eine Familie. Familienpolitik ist daher auch Gleichstellungspolitik! Sie brauchen den Staat an ihrer Seite zur Bewältigung der Familienarbeit, sie dürfen nicht vor die Qual der Wahl gestellt werden, sich für Familie **oder** Beruf entscheiden zu müssen.
3. Mit den bekannt gewordenen Beschlüssen zur Krankenversicherung stellt sich die Regierungskoalition eindeutig gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die sich eine starke solidarische Krankenversicherung wünscht. Mit der Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages auf 7 Prozent wird die paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung endgültig beseitigt. Das ist fatal für die Patienten und Versicherten, die alle künftigen Kostenrisiken einseitig durch Zusatzbeiträge tragen müssen. Darüber hinaus soll der ArbeitnehmerInnenanteil einkommensunabhängig berechnet werden. Damit wird die Kopfpauschale durch die Hintertür eingeführt. Entlastet wird allein der Arbeitgeber, weitere durchgreifende Belastungen der Patienten und Versicherten sind zu befürchten. Wir werden massiven Widerstand gegen die Pläne von CDU/CSU und FDP leisten. Die solidarische Krankenversicherung ist einer der wichtigsten Grundpfeiler des Sozialstaats. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Solidarität im Gesundheitssystem. Vor allem muss die Pharmaindustrie am Sparprogramm beteiligt werden.
4. Laut Koalitionsvertrag können Geringverdiener mit einer steuerlich finanzierten Beihilfe zum Kassenbeitrag rechnen. Aber die Münchener Staatskanzlei rechnete bereits vor, dass die Zuschüsse für Geringverdiener den Haushalt sprengen würden. Also müsste die Pflegekraft genauso viel wie der Manager zahlen. Daher fordern wir Frauen im SoVD ein deutliches Nein zur Privatisierung.
5. Wir Frauen im SoVD warnen vor dem Einstieg in die Privatisierung der Pflegeversicherung und fordern den Fortbestand der Paritätischen Versicherung. Andere Länder haben gezeigt: Es darf keine Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung geben. Vielmehr muss das Umlageverfahren gestärkt werden, das sich besonders in Krisenzeiten bewährt hat. Und dass mit dem Ende der paritätischen Finanzierung die Kosten der Pflegeversicherung vermehrt auf die Arbeitnehmer und Rentner übertragen werden, ist einfach skandalös. ArbeitnehmerInnen werden durch die von der Koalition zusätzlich geplante verpflichtende private Zusatzversicherung für jüngere Menschen überproportional belastet. Mehr netto vom brutto wird angesichts dessen für viele unreal.

6. Dem ungezügelden Lohndumping wird Tür und Tor geöffnet, wenn die künftige Bundesregierung eine Grenze für sittenwidrige Löhne tatsächlich gesetzlich festlegt. Wir Frauen im SoVD kritisieren dieses Vorhaben auf das Schärfste. Nicht eine Lohnspirale nach unten, sondern gesetzlich festgelegte Mindestlöhne sind der einzig richtige Weg zu größerer Lohngerechtigkeit.
7. Die Forderung nach einem Mindestlohn und die Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist eine zentrale gleichstellungspolitische Forderung von uns Frauen im SoVD: 70 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind Frauen. Sie sind in vielen Segmenten – Mini-Jobs, Teilzeitarbeit – überproportional vertreten. Die bestehende geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarktes wird so weiter vorangetrieben. Hinzu kommt, dass Frauen im Durchschnitt nach wie vor geringer entlohnt werden als ihre männlichen Kollegen.

Wir Frauen im SoVD werden dauerhaft für mehr Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit einzutreten. Wir wollen die Welt tatsächlich verändert haben, wenn wir unser 100 jähriges Jubiläum feiern. Wir wollen Taten sehen bei der Frauengleichstellung, der Lohngleichheit und der Stärkung von Frauen in Führungspositionen.